

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 - Volkscheckkonto Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. - Verlag in Leipzig, Tauschaer Straße 19/21 - Telefon 72206	Inseratenpreise: Die 10erzeile, Kolonelleile 35 Pf., bei Wagnerschrift 40 Pf., Stellenangebote 10gep. Kolonelleile 25 Pf. Familiennachrichten von Privatn die 10gep. Kolonelleile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mt. Inserate v. anow. die 10gep. Kolonelleile 40 Pf., bei Wagnerschrift. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mt.
---	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Der Wahlsieg in Preußen

Absolute Mehrheit für die bisherige Regierungskoalition

SPD Berlin, 21. Mai

Auf Grund der vorläufigen amtlichen Zusammenstellung des Preussischen Landeswahlleiters werden sich ungefähr folgende Mandatsziffern für den Preussischen Landtag ergeben:

Partei	Stimmenzahl	Ungefähre Mandatsziffer	
		1928	1924
Sozialdemokratische Partei	5 453 392	136	114
Deutschnat. Volkspartei	3 263 947	82	100
Deutsche Volkspartei	1 597 688	40	45
Zentrum	2 745 547	69	81
Kommunisten	2 229 176	56	44
Demokraten	826 829	21	27
Wirtschaftspartei	839 217	21	11
Nationalsozialisten	345 619	8	11
Deutsche Bauernpartei	89 027	—	—
Christl. Nationaler Block	204 240	2	—
Christl. Nat. Bauern u. Landbund	276 646	7	—
Deutschn.-Hannoveraner	187 933	5	6
Volkrechtspartei	234 039	2	—
Polen	—	—	2
Zentrumsliste Niederachsen	124 265	3	(S. Zentr.)

450 450

Auf Grund dieser Zusammenstellung, bei der immerhin noch Verschiebungen nach der einen oder anderen Seite hin eintreten können, wie sie sich aus der Kritikmittel der Wahlberechnung ergeben, würde sich eine Mandatszahl für die gegenwärtige Regierungskoalition der „Weimarer Parteien“ von 229 ergeben. Diese Koalition würde also über die absolute Majorität verfügen.

Die Stimmziffern der Parteien bei den preussischen Landeswahlen ergeben folgende interessante Verschiebungen (auf große Ziffern abgerundet):

Die Sozialdemokratische Partei gewinnt ca.	900 000	Stimmen
Die Deutschnationale Volkspartei verliert	1 100 000	"
Die Zentrumspartei verliert	365 000	"
Die Kommunistische Partei gewinnt	460 000	"
Die Deutsche Volkspartei verliert	200 000	"
Die Deutsch-Demokratische Partei verliert	258 000	"
Die Wirtschaftspartei gewinnt	350 000	"
Die Nationalsozialisten verlieren	90 000	"
Die Deutsch-Hannoveraner verlieren	72 000	"

Die rund 276 000 Stimmen der Christlich-Nationalen Bauern und des Landesbundes sind erfahrungsgemäß den Deutschnationalen zuzurechnen, da ein Zusammenschluß dieser beiden Gruppen im Landtag wahrscheinlich ist.

Die sozialdemokr. Erfolge in Bayern

TM München, 21. Mai.

Gegen 18 Uhr war das vorläufige Gesamtergebnis der bayerischen Landtagswahlen einschließlich der Reststimmen und der Landesmandate bekannt. Danach haben erhalten

SPD	801 584	Stimmen	=	34	Mandate (25)
DNVP	305 844	"	=	13	" (14)
USP	110 682	"	=	4	" (7)
Komm.	125 983	"	=	5	" (7)
Bayr. Volkspartei	1 031 157	"	=	46	" (46)
Christl. Soz.	201 056	"	=	9	" (5)
Bayr. Bauernbund	369 711	"	=	17	" (12)
Zusammen					128 Mandate

Zu dem Ergebnis der bayerischen Wahlen wird dem Soz. Presseamt aus München geschrieben:

Der neue bayerische Landtag weist insgesamt 128 Abgeordnete, verteilt auf sieben Parteien, auf. Das Charakteristische ist der Zuwachs von 9 Sozialdemokraten, die mit insgesamt 34 Mandaten ihre Position als zweitstärkste Fraktion wesentlich gefestigt haben. Ihr Gewinn beträgt rund 37 Prozent. Bemerkenswert ist ferner das völlige Verschwinden der Demokraten im bayerischen Parlament, die trotz ihrer mehr als 100 000 Stimmen infolge des besonders bayerischen Wahlrechts kein Mandat erlangen konnten, desgleichen die Wirtschaftspartei, die bei einer noch größeren Stimmenzahl ebenfalls leer ausging. Die Bayerische Volkspartei ist mit 46 Sitzen gleich geblieben, während der Bayerische Bauernbund einen Gewinn von 5 Sitzen buchen kann, also eine Fraktionsstärke von 17 Abgeordneten aufweist.

Die deutschnationale Fraktion, die im alten Landtag aus einem Sammelstamm von 14 Nationalliberalen, Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei bestand, zählt jetzt ohne die getrennt marschierende Deutsche Volkspartei 13 Mandate. Die Stresemänner konnten 4 Sitze erringen. Wöllig ausgerieben wurde die 12 Mann starke Fraktion des Christlichen Blocks, aus deren Reihen sich die Nationalsozialisten lediglich 3 Mandate zusammenlesen und damit ihre Zahl von 6 auf 9 erhöhen konnten. Von 7 auf 5 Sitze gingen die Kommunisten zurück, die damit die Fraktionsstärke zur Vertretung in den Ausschüssen eingebüßt haben.

Aus dieser Zusammensetzung des neuen Landtages ergibt sich wohl mit ziemlicher Sicherheit für die Bayerische Volks-

partei wiederum der Zwang der Regierungskoalition mit den Deutschnationalen und dem Bauernbund. Freilich sind zwischen diesen drei Parteien noch erhebliche Schwierigkeiten auszuräumen, bevor sie sich nach den schlimmen Erfahrungen der vergangenen 8 Jahre weißblauen Bürgerblocks wieder auf ein gemeinsames Regierungsprogramm einigen werden.

Ergebnis der württembergischen Wahlen

Schwere Niederlage der Rechtsparteien

SPD Stuttgart, 21. Mai.

Der Ausgang des württembergischen Landtagswahlkampfes ist zu einem Strafgericht für die politische Hasenlade geworden, die dem württembergischen Volke in den letzten vier Jahren durch den nunmehr verflochtenen Staatspräsidenten Bazille vorgeführt wurde. Die gespreizte Ueberheblichkeit, mit der er aufzutreten pflegte und die er auch noch im Wahlkampf selbst zur Schau trug, ist vom Volk durchschaut und in ihrer völligen Hohlheit erkannt und verurteilt worden. Wie die nachfolgenden Abstimmungszahlen erweisen, hat Bazilles Staatskunst seiner Partei eine katastrophale Niederlage bereitet, obgleich Bazille zu seiner Unterstützung für den Wahlkampf die größten Kanonen seiner Partei, wie Graf Welfer, Dr. Hergt u. a., ins Land geholt hatte. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes:

	20. Mai 1928	4. Mai 1924
Sozialdemokraten	266 681	180 285
Deutschnationale	64 220	124 207
Zentrum	221 718	248 748
Deutsche Volkspartei	57 417	55 006
Kommunisten	82 388	138 683
Deutsche Demokraten	113 056	125 545
Wirtschaftspartei	12 228	—
Nationalsozialisten	20 403	47 301
Württemberg. Bauernbund	202 437	240 153
Volkrechtspartei	37 014	15 039
Christl. Volksdienst	42 404	—
Christl. Soz. Rechtspartei	962	—

Neben den Deutschnationalen haben, wenn auch nicht in gleichem Ausmaß, die mit ihnen verbündeten Parteien, der Bauernbund und das Zentrum, Verluste erlitten, die beim Bauernbund trotz der besonderen Gehäßigkeit und Jüggellosigkeit seiner Agitation und vermutlich infolge seiner bekannten kulturfeindlichen Einstellung sich auch im Verlust eines Mandats auswirken. Die Verteilung der 80 Landtagsitze wird die folgende sein:

	22	bisher	13
Sozialdemokraten	22	bisher	13
Deutschnationale	4	"	8
Bauernbund	16	"	17
Zentrum	17	"	17
Deutsche Volkspartei	4	"	3
Kommunisten	6	"	10
Deutsche Demokraten	8	"	9
Christl. Volksdienst	3	"	—

Die Nationalsozialisten, die im vorigen Landtag noch drei Mandate hatten, sind ganz ausgefallen und die Verluste der Kommunisten beweisen, daß auch ihr Verelendungsprozeß in Württemberg unaufhaltsam fortschreitet.

Auf Grund der Vorschriften der Verfassung muß der neue Landtag am 16. Tage nach der Wahl, das ist der 5. Juni, zusammentreten, um das Präsidium und die neue Regierung zu bilden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Führung der parlamentarischen Geschäfte in die Hand der Sozialdemokratie als der nunmehr stärksten Fraktion gelegt werden wird; denn selbst wenn Deutschnationale und Bauernbund wieder eine gemeinsame Fraktion bilden, so bleibt sie doch noch um zwei Mandate hinter der Sozialdemokratie zurück. Die drei Parteien der Weimarer Koalition verfügen zusammen über 47 Mandate, haben also, wenn sie sich verständigen, eine festere Mehrheit hinter sich als die heutige Regierungskoalition, die nur über 42 Mandate verfügte. Diese Mehrheit besteht heute nicht mehr und könnte auch durch Hinzunahme der Deutschen Volkspartei und des Christlichen Volksdienstes nicht lebensfähig gemacht werden. Im übrigen werden sich sowohl diese beiden Gruppen wie auch das Zentrum nach dem Ausgang dieser Wahl sehr hüten, ihr Schicksal mit dem einer Partei zu verbinden, der die Wähler in so unverschämter Weise den Laufpaß gegeben haben.

Glückwünsche der Internationale

SPD Berlin, 22. Mai (Radio).

Der Sozialdemokratischen Partei sind bereits am Montag zu dem außergewöhnlich großen Wahlerfolg Dutzende von Glückwunschtelegrammen aus dem In- und Auslande zugegangen. Aus Mexiko, Wien, Amsterdam, Stockholm, aus Warschau, Lodz und allen anderen Gegenden Europas liegen 3. B. deraetigte Telegramme vor. Sie sprechen dafür, daß man auch im Auslande den Aufstieg der Sozialdemokratie mit äußerster Aufmerksamkeit verfolgt und auf ihn gewisse Hoffnungen für den Frieden und den Aufstieg der Arbeiterklasse nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt setzt.

Unsere Macht wächst

Die Niederlage der bürgerlichen Parteien beweist, daß die Parole „Nieder mit dem Bürgerblock“, mit der die Sozialdemokratische Partei in den Wahlkampf gezogen ist, erfolgreich gewesen ist. Die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre, die die Parole aufnahmen, dachten dabei nicht nur an die Zerkümmertung der parlamentarischen Konfession, die in den letzten Monaten als Bürgerblock bezeichnet wurde, sondern für sie war sie der Kampf, mit dem sie gegen alle bürgerlichen Parteien antraten. Und alle haben sie mit Verlusten aus dem Kampfe hervorgehen müssen. Zuerst die Deutschnationalen, denen auch die demagogische Gründung zweier neuer Bauernparteien die Niederlage nicht erspart hat. Die Deutsche Volkspartei hat sich bestimmt zuletzt einen Rückgang ihrer Wähler und einen Verlust von Mandaten eingebüßt. Sie ist so stark von der Zugkraft ihres größten Herdes, Stresemann, und von der Güte seiner Außenpolitik überzeugt, daß sie mit Stresemann die größte, aber auch zugleich ödeste Wahlfreikame getrieben hat. Aber trotzdem Stresemann äußerst raffiniert auf außenpolitischem Gebiete die Interessen der Bourgeoisie wahrnimmt und seine den neuen Imperialismus fördernde Politik in Friedenssprachen einzuwickeln versucht, haben sich doch von der Deutschen Volkspartei einige hunderttausend Wähler abgewandt. Darin sehen wir eine neue Bestätigung dafür, daß große, hinter den bürgerlichen Parteien herlaufende Wählermassen sich bei der Wahl nicht von großen politischen Fragen beeinflussen lassen. Die immerhin beträchtlichen Stimmziffern, die einmal die Wirtschaftspartei erhalten hat und die zum anderen auf eine ganze Anzahl von bürgerlichen Splitterparteien gefallen sind, lehren, daß noch Millionen bürgerlicher Wähler den Stimmzettel als ein Mittel zur Befriedigung materieller persönlicher Ansprüche betrachten.

So erfolgreich also die Parole „Nieder mit dem Bürgerblock“ in dem Sinne gewesen ist, daß bis auf die Wirtschaftspartei alle bürgerlichen Parteien geschlagen worden sind, ebensoviele erfolgreich erwies sich die andere Parole: „Für die Parteien der Republik“. Denn in die Niederlage sind auch das Zentrum und die Demokratische Partei mit einbezogen worden. Es war gut, daß sich die Sozialdemokratische Partei nicht in das von einer gewissen Seite angestrebte schwarzrotgoldene Wahlbündnis eingelassen hat. Denn zu den Lehren dieses Wahlergebnisses gehört auch die, daß mit Schwarzrotgold keine Massen und vor allem keine Arbeitermassen mehr zu gewinnen sind. Wäre es anders, dann hätte wenigstens an diesem 20. Mai der ununterbrochene Rückgang der Demokraten sein Ende haben müssen. Diese Partei, deren politische Ansprüche im direkten Gegensatz zu ihrer Größe und Stärke stehen, hat bisher bei jeder politischen Wahl Verluste erlitten. Ganze zwei Duzend und ein Mann lehren in den neuen Reichstag zurück. Damit müßte eigentlich schon ihre politische Rolle ausgespielt sein. Und wenn ihre Blätter in den nächsten Wochen versuchen sollten, der Sozialdemokratischen Partei die Politik und die Taktik vorzuschreiben, dann darf sich unsere Parteiführung wirklich nicht um diese Stimmen einer längst ohnmächtigen Gruppe kümmern. Es kann nicht die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei sein, den Zerfall dieser sogenannten Partei der Mitte aufzuhalten. Obwohl die Politik der Demokraten in den letzten Jahren stets von den Interessen der Großbourgeoisie diktiert wurde, hatte sich diese Bourgeoisie bis auf ein paar Verbindungsmänner längst aus der Demokratischen Partei gedrückt. Nun laufen ihr in immer größeren Haufen auch die Mittelstandsschichten davon, so daß ihre Wähler sich jetzt zumeist aus Angestellten und mittleren Beamten zusammenlegen dürften. Das aber sind die Schichten, die den Demokraten zu entreißen eine Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist.

Der starke Erfolg der Sozialdemokratie gibt ihr die Gewißheit, daß sie mit der Politik der scharfen Opposition gegen die Parteien der Bourgeoisie auf dem richtigen Wege ist. Ist der Gewinn an Wählern und an Mandaten schon im Vergleich mit dem Ergebnis vom 7. Dezember 1924 recht erfreulich, so wird er noch ungleich größer, wenn man das Wahlergebnis vom 4. Mai 1924 zum Vergleich heranzieht. Damals konnte die Partei nur wenig mehr als sechs Millionen Stimmen und 100 Mandate erzielen, so daß sie jetzt um rund 50 Prozent gestärkt aus dem Wahlkampf heraus- und in das Parlament einzieht. Es ist eine sehr eindringliche Sprache, die dieses Ergebnis redet. Am 4. Mai, nach einer Periode realer Staats- und Koalitionspolitik, ein katastrophaler Zusammenbruch, am 20. Mai 1928, nach vier Jahren Opposition, ein starker Gewinn, ein Fortwärtsschreiten auf der ganzen Linie. Diese Feststellung wird noch unterstrichen durch den ungünstigen Ausfall der Reichstagswahlen in Hessen, wo die Partei gegenüber der Dezemberwahl 24 noch Stimmen verloren hat und auch durch das nicht eben günstige Ergebnis in Baden. In beiden Staaten hat die Koalitionspolitik unserer Partei wegen ihrer Unfruchtbarkeit für die Arbeiterklasse zu einer heftigen Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft geführt. In Preußen, wo am Sonntag gleichzeitig zum Landtag gewählt worden ist, konnte die Partei 878 000 Stim-